



Brüssel, den 14. Januar 2025
(OR. en)

5037/25

LIMITE

ECOFIN 30
UEM 29

VERMERK

Absender: Generalsekretariat des Rates

Empfänger: Delegationen

Betr.: EMPFEHLUNG DES RATES mit dem Ziel, das übermäßige Defizit in
Polen zu beenden

EMPFEHLUNG DES RATES

mit dem Ziel, das übermäßige Defizit in Polen zu beenden

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (im Folgenden: „AEUV“),
insbesondere auf Artikel 126 Absatz 7,

auf Empfehlung der Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Nach Artikel 126 AEUV haben die Mitgliedstaaten übermäßige öffentliche Defizite zu vermeiden.
- (2) Der Stabilitäts- und Wachstumspakt beruht auf dem Ziel gesunder öffentlicher Finanzen als Mittel zur Verbesserung der Voraussetzungen für Preisstabilität und ein starkes, nachhaltiges und inklusives Wachstum, das auf einem stabilen Finanzsystem fußt, und trägt so zur Verwirklichung der Ziele der Union für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung bei.
- (3) Am 30. April 2024 trat der reformierte EU-Rahmen für die wirtschaftspolitische Steuerung in Kraft. Dieser Rahmen umfasst die Verordnung (EU) 2024/1263¹ vom 29. April 2024 über die wirksame Koordinierung der Wirtschaftspolitik und über die multilaterale haushaltspolitische Überwachung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1466/97 des Rates. Er beinhaltet zudem die Verordnung (EU) 2024/1264 des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1467/97² des Rates über die Beschleunigung und Klärung des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit und die Richtlinie (EU) 2024/1265 des Rates³ vom 29. April 2024 zur Änderung der Richtlinie 2011/85/EU über die Anforderungen an die haushaltspolitischen Rahmen der Mitgliedstaaten.
- (4) Am 26. Juli 2024 stellte der Rat nach Artikel 126 Absatz 6 AEUV fest, dass in Polen ein übermäßiges Defizit bestand, da das Defizitkriterium nicht erfüllt wurde⁴.

¹ ABl. L, 30.4.2024, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1263/oj>.

² ABl. L 209, 2.8.1997, ELI: <http://data.europa.eu/eli/reg/1997/1467/2024-04-30>.

³ ABl. L, 30.4.2024, ELI: <http://data.europa.eu/eli/dir/2024/1265/oj>.

⁴ ABl. L, 1.8.2024, ELI: <https://eur-lex.europa.eu/eli/dec/2024/2133/oj>.

- (5) Nach Artikel 126 Absatz 7 AEUV und Artikel 3 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 1467/97 des Rates hat der Rat eine an den betreffenden Mitgliedstaat gerichtete Empfehlung anzunehmen mit dem Ziel, das übermäßige Defizit innerhalb einer bestimmten Frist zu beenden. Gemäß Artikel 3 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 1467/97 des Rates ist dem betreffenden Mitgliedstaat in dieser Empfehlung außerdem eine Frist von höchstens sechs Monaten für die Ergreifung wirksamer Maßnahmen zu setzen, die auf die Korrektur des übermäßigen Defizits abzielen; wenn der Ernst der Lage es erfordert, kann diese Frist auf drei Monate verkürzt werden. Darüber hinaus muss der Rat in seiner Empfehlung den Mitgliedstaat ersuchen, einen Nettoausgaben-Korrekturpfad⁵ umzusetzen, der sicherstellt, dass das gesamtstaatliche Defizit innerhalb der in der Empfehlung festgesetzten Frist unter den Referenzwert von 3 % des BIP gesenkt und unter diesem Referenzwert gehalten wird. Wurde das Verfahren bei einem übermäßigen Defizit auf der Grundlage des Defizitkriteriums eingeleitet, so muss für die Jahre, in denen das gesamtstaatliche Defizit den Referenzwert voraussichtlich überschreiten wird, der Nettoausgaben-Korrekturpfad als Richtwert mit einer jährlichen strukturellen Mindestanpassung von wenigstens 0,5 % des BIP vereinbar sein. Nach Erwägungsgrund 23 der Verordnung (EU) 2024/1264 des Rates kann die Kommission den Richtwert während eines Übergangszeitraums in den Jahren 2025, 2026 und 2027 anpassen, um so bei der Festlegung des vorgeschlagenen Korrekturpfads für die besagten Jahre den höheren Zinszahlungen Rechnung zu tragen.

⁵ Nach Artikel 2 Nummer 2 der Verordnung (EU) 2024/1263 bezeichnet der Ausdruck „Nettoausgaben“ die Staatsausgaben ohne Zinsausgaben, diskretionäre einnahmenseitige Maßnahmen, Ausgaben für Programme der Union, die vollständig durch Einnahmen aus den Unionsfonds ausgeglichen werden, nationale Ausgaben für die Kofinanzierung von Programmen, die von der Union finanziert werden, konjunkturelle Komponenten der Ausgaben für Leistungen bei Arbeitslosigkeit und einmalige und sonstige befristete Maßnahmen.

- (6) Da der nationale mittelfristige finanzpolitisch-strukturelle Plan gemäß Artikel 11 und Artikel 36 Absatz 1 Buchstabe a der Verordnung (EU) 2024/1263 übermittelt wurde, wurde beim Beschluss des Rates vom 26. Juli 2024 berücksichtigt, dass der nächste Schritt im Defizitverfahren, das heißt die Empfehlung der Kommission für eine Empfehlung des Rates nach Artikel 126 Absatz 7 AEUV zur Korrektur des übermäßigen Defizits, zeitlich mit der Stellungnahme der Kommission zu den Übersichten über die Haushaltsplanung der Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets nach Artikel 7 der Verordnung (EU) Nr. 473/2013 zusammenfallen würde. Dadurch kann die Übereinstimmung zwischen den haushaltspolitischen Vorgaben des Defizitverfahrens und dem in den mittelfristigen finanzpolitisch-strukturellen Plänen festgelegten Anpassungspfad sichergestellt werden. Dieser Zeitplan und die Aufteilung der Beschlüsse nach Artikel 126 Absatz 6 und nach Artikel 126 Absatz 7 sind eine Ausnahme und hängen mit der Umstellung auf den neuen Rahmen zusammen; folglich wird damit kein Präzedenzfall geschaffen.
- (7) Das reale BIP Polens wuchs 2023 um 0,1 %. Der Herbstprognose 2024 der Europäischen Kommission zufolge dürfte die Wirtschaft im Jahr 2024 um 3,0 % wachsen, wobei privater und öffentlicher Konsum sowie Investitionen einen positiven Beitrag, die Nettoexporte hingegen einen negativen Beitrag leisten. Im Jahr 2025 wird das reale BIP voraussichtlich um 3,6 % zunehmen. Dabei dürften der private und öffentliche Konsum sowie die Investitionen einen positiven Beitrag zum Wachstum leisten, während von den Nettoexporten nach wie vor ein negativer Beitrag zum Wachstum erwartet wird. Die Arbeitslosenquote soll 2024 bei 2,9 % und 2025 bei 2,8 % liegen. Die Inflation dürfte von 10,9 % im Jahr 2023 auf 3,8 % im Jahr 2024 zurückgehen und 2025 einen Stand von 4,7 % erreichen.
- (8) Nach den von Eurostat am 22. Oktober 2024 validierten Daten⁶ belief sich das gesamtstaatliche Defizit Polens 2023 auf 5,3 % des BIP. Laut der Herbstprognose 2024 der Europäischen Kommission wird das gesamtstaatliche Defizit 2024 bei 5,8 % des BIP und 2025 bei 5,6 % des BIP und damit in beiden Jahren über dem Referenzwert liegen. Das strukturelle Defizit soll 2024 bei 5,3 % des BIP liegen und 2025 um 0,1 Prozentpunkte ansteigen.

⁶ Eurostat-Euroindikatoren vom 22. Oktober 2024. Siehe <https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/products-euro-indicators/w/2-22102024-AP>.

- (9) Der gesamtstaatliche Schuldenstand belief sich Ende 2023 auf 49,7 % des BIP. Laut der Herbstprognose 2024 der Europäischen Kommission soll er sich bis Ende 2024 auf 54,7 % des BIP und bis Ende 2025 auf 58,9 % des BIP erhöhen und damit unter dem Referenzwert von 60 % des BIP bleiben.
- (10) Am 9. Oktober 2024 übermittelte Polen seinen ersten nationalen mittelfristigen finanzpolitisch-strukturellen Plan nach Maßgabe von Artikel 11 und Artikel 36 Absatz 1 Buchstabe a der Verordnung (EU) 2024/1263. Der Plan erstreckt sich auf den Zeitraum 2025 bis 2028 und sieht eine Haushaltsanpassung über vier Jahre vor. In der Empfehlung des Rates zur Billigung des nationalen mittelfristigen finanzpolitisch-strukturellen Plans Polens für die Jahre 2025 bis 2028 wird ein Nettoausgabenpfad empfohlen, der alle notwendigen Anforderungen an einen Korrekturpfad erfüllt und als Nettoausgaben-Korrekturpfad im Rahmen des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit empfohlen werden sollte. Der Nettoausgaben-Korrekturpfad ist folglich für die Jahre, in denen das gesamtstaatliche Defizit den Referenzwert voraussichtlich überschreiten wird, als Richtwert mit einer jährlichen strukturellen Mindestanpassung von wenigstens 0,5 % des BIP vereinbar, was den Vorgaben der Verordnung (EG) Nr. 1467/97 des Rates entspricht.
- (11) Ausgehend vom Nettoausgabenpfad, der die einzige operative Größe für die Überwachung der Einhaltung darstellt und in der Empfehlung des Rates zur Billigung des Plans Polens und in der vorliegenden Empfehlung festgelegt ist, und ausgehend vom Rahmen der Europäischen Kommission für die mittelfristige Projektion des öffentlichen Schuldenstands und von der Herbstprognose 2024 der Europäischen Kommission dürfte das gesamtstaatliche Defizit von 5,8 % des BIP im Jahr 2024 auf 3,0 % im Jahr 2028 zurückgehen. Auch unter den Annahmen des Plans würde das Defizit im Jahr 2028 unter den Referenzwert von 3 % des BIP sinken.
- (12) Ausgehend von dem zu empfehlenden Nettoausgaben-Korrekturpfad, dem Rahmen der Europäischen Kommission für die mittelfristige Projektion des öffentlichen Schuldenstands und der Herbstprognose 2024 der Europäischen Kommission dürfte sich der gesamtstaatliche Schuldenstand von 54,7 % des BIP Ende 2024 auf 61,6 % im Jahr 2028 erhöhen.

- (13) Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen sollten eine dauerhafte Korrektur des übermäßigen Defizits sicherstellen und zugleich darauf abstellen, die Qualität und Zusammensetzung der öffentlichen Finanzen zu verbessern, die Investitionen zu erhalten und das Wachstumspotenzial der Wirtschaft zu stärken. Finanzpolitische und gesamtwirtschaftliche Reformen sollten das Wachstums- und Resilienzpotenzial der Wirtschaft nachhaltig verbessern und die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen unterstützen.
- (14) Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die genaue Methode für die Bewertung wirksamer Maßnahmen im Kontext des neuen haushaltspolitischen Rahmens noch nicht vollständig ausgearbeitet wurde; daher ist er der Auffassung, dass zeitnahe Beratungen über die Methode angebracht sind.
- (15) Gemäß Artikel 8 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1467/97 wird ein Beschluss des Rates zur Einstellung des Defizitverfahrens nach Artikel 126 Absatz 12 AEUV nur dann gefasst, wenn das Defizit unter den Referenzwert gesenkt wurde und den Prognosen der Kommission zufolge im laufenden und kommenden Jahr auf diesem Stand bleiben dürfte —

EMPFIEHLT,

1. Polen sollte sicherstellen, dass die nominale Wachstumsrate der Nettoausgaben die in Anhang I festgelegten Höchstwerte nicht überschreitet.
2. Polen sollte das übermäßige Defizit somit bis 2028 beenden.
3. Der Rat setzt Polen eine Frist bis zum 30. April 2025, um wirksame Maßnahmen zu ergreifen und das erforderliche Vorgehen zusammen mit seinem jährlichen Fortschrittsbericht 2025, der der Kommission nach Artikel 21 der Verordnung (EU) 2024/1263 zu übermitteln ist, vorzulegen. Anschließend sollte Polen mindestens alle sechs Monate über die Fortschritte bei der Umsetzung dieser Empfehlung berichten, bis das übermäßige Defizit korrigiert ist.

Diese Empfehlung ist an die Republik Polen gerichtet.

Geschehen zu Brüssel am

Im Namen des Rates

Der Präsident / Die Präsidentin

**Maximales Wachstum der Nettoausgaben
(jährliche und kumulierte Wachstumsraten, nominal)**

Polen

Jahr		2025	2026	2027	2028
Wachstumsrate (%)	Jährlich	6,3	4,4	4,0	3,5
	Kumuliert*	19,6	24,9	29,9	34,4

* Kumulierte Wachstumsraten bezogen auf das Basisjahr 2023.